

Dithmarscher Landeszeitung / Hauptausgabe vom 08.01.2018, Seite 12

## LNG-Terminal nicht in Gefahr

**Brunsbüttel – Es soll ein Vorzeigeprojekt werden. Eines, das Brunsbüttel bundesweit und europaweit zu einem wichtigen Wirtschaftsstandort macht. Die Rede ist vom LNG-Terminal am Hafen. Doch nun ist das Vorhaben ins Visier von Bürgerinitiativen geraten.**

Trotz Kritik: Landesregierung treibt Planungen weiterhin voran

Von Hengamech Habib

LNG steht für Liquefied Natural Gas. Gemeint damit ist Flüssigerdgas. Zwar handelt es sich dabei ebenfalls um fossilen Brennstoff, doch laut Befürwortern sei er eine bessere Alternative. Vor allem in der Schifffahrt spielt LNG eine größere Rolle. Mit dem Einsatz von Flüssigerdgas soll der Ausstoß an Schadstoffen und Feinstaub verringert werden. Derzeit werden weltweit in der Schifffahrt jährlich 220 Tonnen Schweröl und 60 Millionen Tonnen Dieselföl verbraucht.

Frank Schnabel, Geschäftsführer von Brunsbüttel Ports, der sich bereits seit Jahren für die Installierung eines Terminals in Brunsbüttel einsetzt, erkennt auch politische Vorteile, wie er im April vergangenen Jahres sagte. Demnach könnte mit LNG die Abhängigkeit von Russland vermieden werden. Schnabel zufolge werde der Gasbedarf in den nächsten Jahren steigen. Wladimir Putin ist bekannt dafür, dass er bei Konflikten den Gashahn abdreht. Die Ukraine hat es mehrfach getroffen. Russland ist weltweit größter Exporteur von Erdgas und die Bundesrepublik Kunde. Mit der Umstellung auf LNG könnte die Abhängigkeit

Deutschlands von Russland gelöst werden, sagte Schnabel.

Dass LNG die bessere Alternative zu anderen fossilen Brennstoffen sein soll, sehen manche anders. Bundesweit wurden zehn Bürgerinitiativen gegründet, die den Verzicht des Treibstoffes fordern. Im Dezember waren sie zu einem Strategietreffen in Hamburg zusammengekommen und sagten gemeinsam mit der Organisation Food and Water Europe einem deutschen LNG-Terminal den Kampf an. Am Ende formulierten sie an die Kieler Regierung die Forderung, den Bau des LNG-Terminals in Brunsbüttel abzulehnen.

Ihre Kritik: Erdgas habe klimaschädigende Wirkung. Der Ausbau eines LNG-Terminals diene demnach nicht dem Klimaschutz und der Energiewende. Darüber hinaus würde eine Forcierung der Pläne „dringend benötigtes Investment in den Ausbau der erneuerbaren Energien“ abziehen, zitieren die Kieler Nachrichten. Läuft Brunsbüttel nun Gefahr, einen wichtigen Wirtschaftszweig zu verlieren? „Nein, Brunsbüttel hat nichts zu befürchten. Die Landesregierung setzt sich grundsätzlich bei solchen Vorhaben konstruktiv mit Kritik und Anregungen auseinander. Die Planungen für ein LNG-Terminal werden aber

fortgesetzt“, schreibt die Sprecherin des Wirtschaftsministeriums, Dr. Birte Pusback. Sowohl die Landesregierung als auch die beteiligten Kommunen vor Ort sowie das Konsortium um Gasunie hielten daran fest, in Brunsbüttel ein LNG-Terminal zu bauen. Das niederländische Unternehmen Gasunie hatte im vergangenen Frühjahr mitgeteilt, dass es sich für Brunsbüttel als Standort für ein Terminal entschieden habe – wenn es jemals zum Bau einer solchen Station in Deutschland kommen wird.

Dr. Pusback zufolge sprechen viele Argumente für die Schleusenstadt, etwa die Lage und die strategische Bedeutung für die künftige Energieversorgung Deutschlands. Dafür sei ein Energieträgermix notwendig, und Gas spiele eine wichtige Rolle. „Und Gas bedeutet ja nicht zwangsläufig, dass es fossilen Ursprungs sein muss.“ Die Sprecherin betont auch die politische Bedeutung. Aus strategischer Sicht sei es für Deutschland als Industrieland wichtig, über eigene LNG-Importinfrastrukturen zu verfügen, um nicht von anderen Staaten abhängig zu sein.

Offen ist, wie die Gegner vorgehen möchten, denn Dr. Pusback zufolge gab es bislang noch keinerlei Gespräche mit den Initiativen.

© 2018 PMG Presse-Monitor GmbH

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 08.01.2018, Seite 24

## DGB Nord zieht positive Mindestlohn-Bilanz

KIEL/HAMBURG Drei Jahre nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat der DGB Nord für die Bundesländer Schleswig-Holstein und Hamburg eine positive Bilanz gezogen. Sowohl die Beschäftigung als auch die Bezahlung der Beschäftigten seien in beiden Ländern deutlich gestiegen, teilte der Gewerkschaftsbund mit.

„Der Mindestlohn ist und bleibt ein Erfolgsmodell“, sagte DGB Nord-Chef Uwe Polkaehn. Nach DGB-Daten stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den vergangenen drei Jahren in Schleswig-Holstein um 8,4 Prozent, in Hamburg um 6,1 Prozent. Der Lohnanstieg lag in Schleswig-Holstein bei 2,1 Prozent, in Hamburg bei

4,0 Prozent. Im Gastgewerbe seien bundesweit die Löhne der Un- und Angelernten im Westen um 8,1 Prozent gestiegen. Gerade im Gastgewerbe seien besonders viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. In Schleswig-Holstein habe ihre Zahl um 33 Prozent zugenommen, in Hamburg um 18,8 Prozent. *Imo*